

Traktanden

- 66 0120 **Allgemeine Verwaltung / Exekutive**
Genehmigung Protokoll Gemeinderatssitzung vom 31. Mai 2021
- 67 0120 **Allgemeine Verwaltung / Exekutive**
Genehmigung Protokoll gemeinsame Sitzung mit Witterswil vom
10. Mai 2021
- 68 5350 **Soziale Sicherheit / Leistungen an das Alter**
Beratung und Beschlussfassung neue Leistungsvereinbarung mit der Pro
Senectute
- 69 0220 **Allgemeine Verwaltung / Allgemeine Dienste, übrige**
Genehmigung Auszeit einer Mitarbeiterin für 3 Monate – nicht öffentlich
- 70 0120 **Allgemeine Verwaltung / Exekutive**
Kontrolle Pendenzenliste Gemeinderat
- 71 0120 **Allgemeine Verwaltung / Exekutive**
Orientierungen und Diverses

Die Sitzung fand per Videokonferenz statt.

Anwesend	François Sandoz, Gemeindepräsident Claudia Carruzzo Nicole Schwalbach Nicole Degen-Künzi, Protokoll
Abwesend	Sébastien Hamann, entschuldigt Glenn Steiger, entschuldigt
Gäste	Claude Chevrolet
Besucher	-
Dauer	18.00 – 20.00 Uhr

66 0120 Allgemeine Verwaltung / Exekutive
Genehmigung Protokoll Gemeinderatssitzung vom 31. Mai 2021

://: Das Protokoll vom 31. Mai 2021 wird nach zwei kleinen Korrekturen einstimmig genehmigt. Die Gemeindeschreiberin wird gebeten, die entsprechenden Protokollauszüge zur Unterschrift und die Version für auf die Homepage vorzubereiten.

- 67** **0120** **Allgemeine Verwaltung / Exekutive**
Genehmigung Protokoll gemeinsame Sitzung mit Witterswil vom
10. Mai 2021

://: Das Protokoll der gemeinsamen Sitzung mit Witterswil vom 10. Mai 2021 wird nach kleineren Anpassungen zustimmend zu Kenntnis genommen. Die Gemeindeschreiberin wird gebeten, das Protokoll der Gemeindeverwaltung Witterswil zur Kontrolle zukommen zu lassen. Dieses wird dann an der nächsten gemeinsamen Sitzung vom 27. September 2021 genehmigt.

68 5350 Soziale Sicherheit / Leistungen an das Alter
Beratung und Beschlussfassung neue Leistungsvereinbarung mit der Pro Senectute

Die Gemeinden im Baselland, die bisher gemeinsam mit den Gemeinden des Solothurnischen Leimentals an der Anlaufstelle für Altersfragen im Blumenrain beteiligt waren, haben ihre Beteiligung auf Ende 2021 gekündigt, da Baselland eine eigene kantonale Informations- und Beratungsstelle mit erweitertem Angebot einrichten wird (IBS). Vertraglich wird laut GR Schwalbach eine interkantonale Zusammenarbeit schwierig werden. Deshalb hat die Koordinationsgruppe Altersfragen SOLei als Plan B Kontakt mit der Pro Senectute aufgenommen, die einen Entwurf für eine Leistungsvereinbarung erstellt hat. Diese soll die Aufgaben der Anlaufstelle für Altersfragen abdecken.

Laut GR Schwalbach ist die Finanzierung noch nicht definitiv geklärt. Vorgesehen ist, dass die jährlichen Kosten durch die Trägergemeinden, basierend auf der Anzahl Einwohner, aufgeteilt und getragen werden. Momentan zahlen wir einen Jahresbeitrag von Fr. 1'200.- an die Pro Senectute und Fr. 740.- an die Anlaufstelle für Altersfragen.

GP Sandoz weist auf Artikel 6 der Leistungsvereinbarung hin. Da steht geschrieben: „Die bisherigen jährlichen Anträge von Seiten Pro Senectute entfallen für die Gemeinden, die mit Pro Senectute diese Leistungsvereinbarung abschliessen.“

Er versteht das so, dass künftig die Fr. 740.- an die Anlaufstelle für Altersfragen wegfallen würden und wir der Pro Senectute lediglich noch unseren Jahresbeitrag zahlen müssen – dies wäre eine positive Entwicklung. Somit kann er der vorliegenden Leistungsvereinbarung zustimmen, unter der Voraussetzung, dass die Kosten nicht höher werden als sie aktuell sind.

Laut GR Schwalbach wird bis Ende Juni die Frage nach der Finanzierung abschliessend geklärt sein.

://: Der Gemeinderat spricht sich einstimmig dafür aus, dass eine Leistungsvereinbarung mit der Pro Senectute ausgearbeitet und dann erneut zur Genehmigung vorgelegt wird.

Protokollauszug an: Sozial- und Asylkommission

69 0220 Allgemeine Verwaltung / Allgemeine Dienste, übrige
Genehmigung Auszeit einer Mitarbeiterin für 3 Monate – nicht öffentlich

Nicole Degen-Künzi hat im März den Gemeinderat darüber informiert, dass sie gerne von Juli bis September eine Auszeit nehmen möchte. Der Gemeinderat hat dieser bereits mündlich zugestimmt, offiziell muss der Antrag aber noch genehmigt werden.

Nicole Degen-Künzi wird angesparte Ferien und Überstunden daran geben, die Hälfte wird sie als unbezahlten Urlaub nehmen. Ebenfalls wird sie für den unbezahlten Urlaub beide Anteile für die Pensionskasse übernehmen und ist für eine unterbruchfreie Unfallversicherung selbst besorgt.

GP Sandoz informiert die Gemeinderäte darüber, dass J. Gschwind den Bereich von N. Degen-Künzi übernehmen wird. Im Gegenzug wird J. Gschwind von J. Thurnherr in der Finanzbuchhaltung entlastet, welche dafür ihr Pensum von heutigen 60 % auf 80 % in dieser Zeit aufstocken wird.

Während den Sommerferien ist es erfahrungsgemäss relativ ruhig auf der Verwaltung, auch finden nur wenige Gemeinderatssitzungen statt. Für die Zeit nach den Sommerferien (wo dann voraussichtlich auch der Schalter wieder geöffnet sein wird) soll aber eine externe Person für die Protokollierung der Gemeinderatssitzungen engagiert werden. GP Sandoz wird diesbezüglich mit der Firma Progemastocker GmbH aus Therwil Kontakt aufnehmen.

://: Die Auszeit von Nicole Degen-Künzi für 3 Monate wird einstimmig genehmigt.

Protokollauszug an: Finanzverwaltung, im Hause

70 0120 Allgemeine Verwaltung / Exekutive
Kontrolle Pendenzenliste Gemeinderat

Der Gemeinderat ist die einzelnen Positionen der Pendenzenliste durchgegangen und hat diese, wo nötig, nachgeführt. Die Gemeindegemeinderat wird gebeten, die Aktualisierung vorzunehmen und die Pendenzenliste erneut den Gemeinderäten zu verteilen.

71 0120 Allgemeine Verwaltung / Exekutive
Orientierungen und Diverses

Verband Solothurner Einwohnergemeinden (VSEG)

Die Generalversammlung des VSEG hat am 27. Mai 2021 auf dem Zirkulationsweg stattgefunden. Laut GP Sandoz wurde die Jahresrechnung 2020 mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 23'110.50 genehmigt (budgetiert war ein Ertragsüberschuss von Fr. 6'250.-), obwohl die Geschäftsstelle des VSEG aufgrund der Corona-Pandemie auf einen 7-Tage-Betrieb umstellen musste und der VSEG-Geschäftsführer wegen der enormen Informationsbedürfnisse auf Stufe Gemeinden als Bindeglied zwischen Pandemie-Stab und Gemeinden eingesetzt wurde.

Ausserdem wurde das Budget 2021 genehmigt, das einen Ertragsüberschuss von Fr. 8'950.- vorsieht. Der VSEG-Beitrag pro Einwohner für das Jahr 2022 wird bei den bisherigen Fr. 1.20 festgelegt.

Ortsplanungsrevision

Wie bereits an der letzten Sitzung erwähnt, hat heute Nachmittag die Besprechung mit dem Kreisplaner, Herrn S. Schmid, und dem Amtsleiter Herrn S. Peter vom Amt für Raumplanung stattgefunden, an der wir unsere Ortsplanung vorstellen konnten. Nebst GP Sandoz und GR Carruzzo hat auch Frau B. Wittmer von Planteam S AG an der Besprechung in Bättwil teilgenommen.

Laut GP Sandoz dürfte es sehr schwierig sein, die Reservezone im Eichacker einzuzonen. Allerdings besteht die Hoffnung, dass im Bereich Grienacker die ÖBA-Zone in eine Wohnzone umgewandelt werden könnte.

Das Vorprüfungsergebnis sollten wir im November erhalten. Der Termin für die Besprechung der Ergebnisse mit dem Amt für Raumplanung wurde bereits auf den 16. November 2021 um 14.00 Uhr in Solothurn festgelegt.

Protokollauszug an: Werk- und Umweltkommission (WeKo)
Baukommission (BauKo)

Unterstützungsgesuch Pro Juventute

Bislang haben wir jährlich Fr. 92.- an das Sorgentelefon der Pro Juventute bezahlt. Aufgrund der Pandemie haben sich im letzten Jahr täglich rund 700 junge Menschen (Vorjahr 600) bei der Pro Juventute gemeldet. Die erhöhte Nachfrage nach Beratungen verursacht höhere Kosten, weshalb der Beitrag auf Fr. 270.- erhöht wurde. Nun stellt sich laut GR Schwalbach die Frage, ob wir bereit sind, diese Fr. 270.- zu bezahlen.

Der Gemeinderat ist der Meinung, dass das Sorgentelefon nötig ist und auch unterstützt werden sollte. GR Schwalbach wird gebeten, zu klären, ob wir sonst etwas an Pro Juventute zahlen und ob dieser Beitrag gegebenenfalls gekürzt werden kann.

Protokollauszug an: Finanzverwaltung, im Hause

Revisionsbesprechung

Die Revisionsbesprechung hat stattgefunden und wir haben den Bestätigungs- sowie den erläuternden Bericht erhalten – die Rechnungsprüfungskommission (RPK) wird der Gemeindeversammlung empfohlen, die Rechnung 2020 zu genehmigen.

An der letzten Sitzung ist die Frage aufgekommen, was alles für die Gemeindeversammlung veröffentlicht werden soll. Nach Absprache mit dem Präsidenten der RPK, C. Conte, ist nur der Bestätigungsbericht für die Öffentlichkeit gedacht, der Erläuterungsbericht für den Gemeinderat und die Gemeindeverwaltung.

Mittagstisch

Die Vereinsversammlung des Mittagstisches hat stattgefunden und dabei wurden drei neue Vorstandsmitglieder gewählt. Herr F. Jucker aus Bättwil übernimmt das Amt des Präsidenten, Frau O. Altenhoff ist Kassierin und Frau J. Vargas Aktuarin.

GP Sandoz fragt, ob die Buchhaltung für den Mittagstisch, welche wir auf Anfang Jahr übernommen haben, funktioniert, was GR Carruzzo bejaht.

Kommissionswahlen

Ende Mai wurde das Schreiben „Kommissions- und Delegiertenwahlen – Amtsperiode 2021 – 2025“ in sämtliche Haushalte verteilt. Nun hat sich Herr P. Stöcklin bei uns gemeldet. Er kann nicht verstehen, dass der Kapellenstiftungsrat nicht bei den Kommissionen aufgeführt wird, da auch dieser alle 4 Jahre neu gewählt werden muss.

Die Stiftungsurkunde soll allen Gemeinderäten zugestellt werden und GP Sandoz wird Herrn Stöcklin antworten. Ebenfalls soll künftig der Kapellenstiftungsrat auch auf dem oben genannten Formular erwähnt werden.

Covid-Tests in der Schule

GR Carruzzo informiert darüber, dass die Schule nun drei Wochen vor den Sommerferien beschlossen hat, Massentests für die Kinder einzuführen. Um diesen Entscheid verstehen zu können, hat sie unser Vorstandsmitglied des Zweckverbandes Schulen Leimental, Herr P. Gallati, kontaktiert und ihn angefragt, wer dafür verantwortlich sei. Die Initiative kam vom Kanton und wurde durch die Schulleitung in den Vorstand eingebracht. Diese Massnahme scheint auch nicht sonderlich gut anzukommen, lediglich ca. 50 % der Primarschulkinder lassen sich testen.

Gemeinnützige Arbeit

Die Bewährungshilfe Solothurn ist unter anderem für den Vollzug von Strafen in der besonderen Vollzugsform der gemeinnützigen Arbeit zuständig. Gemeinnützige Arbeit kann anstelle von Busse oder Geldstrafe geleistet werden. Je nach Höhe der Busse oder Geldstrafe müssen die Betroffenen zwischen 4 und 720 Stunden gemeinnütziger Arbeit leisten. Es sind in der Regel Arbeiten, welche keine spezifischen Vorkenntnisse erfordern und von Personen jedes Bildungsstandes, ob jung oder alt, verrichtet werden können (Reinigungsarbeiten, Küchenhilfe, einfache Gartenarbeiten, etc.). In den letzten Jahren haben die Anträge um gemeinnützige Arbeit massiv zugenommen, weshalb das Amt für Justizvollzug auf der Suche nach weiteren Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern ist. Die gemeinnützige Arbeit ist ausschliesslich in sozialen Einrichtungen, Werken in öffentlichem Interesse oder gegenüber hilfsbedürftigen Personen zu leisten. Weil die Gemeinde dieses Kriterium erfüllt, wurden wir nun angefragt.

Die Gemeindeschreiberin wird gebeten, mit dem Leiter des Technischen Dienstes zu klären, ob eine solche Zusammenarbeit für uns in Frage kommt. Anschliessend soll das Amt für Justizvollzug entsprechend informiert werden.

Der Präsident:

Die Gemeindeschreiberin:

F. Sandoz

N. Degen-Künzi